

Abwassergebühren sollen moderat steigen

Martin Himmelheber (him)

4. Dezember 2020



Einstimmig hat der Ausschuss für Umwelt und Technik (AUT) einen Empfehlungsbeschluss für den Gemeinderat gefasst, wonach die Stadtwerke die Abwassergebühren im kommenden Jahr teilweise anheben, teilweise aber auch senken werden. Die Schmutzwassergebühr steigt von 2,35 Euro je Kubikmeter auf 2,60 Euro, die Regenwassergebühr sinkt von 67 Cent auf 50 Cent. Bei einem Durchschnittshaushalt mit vier Personen rechnet Stadtwerkeleiter Peter Kälble mit Mehrkosten von knapp zehn Euro im Jahr.

Kälble geht bei seiner Kalkulation von deutlich höherem Materialaufwand aus, unter anderem weil die Klärschlamm Entsorgung erheblich teurer wird. Auch planen die Stadtwerke „eine sehr hohe Investitionstätigkeit“. Unter anderem wird 2021 der neue Faulturn für die Kläranlage geliefert. Dafür müssen die Stadtwerke 1,75 Millionen Euro berappen.

Ebenfalls etwas steigen werden die Gebühren für den „Rollenden Kanal“: von 91 Cent je Kubikmeter auf 96 Cent.

Foto: him

Kalkulation ist von Schwankungen abhängig

Da in den vergangenen Jahren die Gebühren etwas zu hoch angesetzt waren, gab es einen Überschuss, der sich nun gebührensenkend auswirkt. Diese Mehreinnahmen kamen auch zustande, weil man einige tausend Quadratmeter versiegelter Flächen aus den Vorjahren erst 2019 abgerechnet habe, so Kälble auf eine entsprechende Nachfrage von Oskar Rapp (Freie Liste). Thomas Brugger (CDU) wollte wissen, wie hoch eigentlich der Wert der gesamten Anlagen sei. Kälble versprach, diese Zahl nachzuliefern.

Die Überschüsse der vergangenen Jahre würden die Stadtwerke in den nächsten Jahren an die Gebührenzahler in Höhe niedrigerer Gebühren zurückgeben, so Kälble. Wie das genau geschehe, sei schwer vorher zu berechnen. Die Abwassermengen veränderten sich. Je nach Wetterlage und Wirtschaftskonjunktur gebe es gewisse Schwankungen. Jürgen Kaupp (CDU) fragte nach einer Rechenanlage für das Regenüberlaufbecken in Waldmössingen. Tiefbauchef Konrad Ginter verwies auf eine fehlende wasserrechtliche Erlaubnis, sodass dieser Rechen erst für 2022 eingeplant werde.

Der Ausschuss empfahl auch die dazu gehörige Satzungsänderung einstimmig dem Rat zur Annahme.